

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 1, 13. Januar 2000

Einblicke

Mehr Schatten

Von Helmut Lölhöfel

Der Tod von Ignatz Bubis, die Einigung über Entschädigungen für Zwangsarbeiter, die Kampagne der Union gegen ein anderes Staatsbürgerschaftsrecht, mehr Misserfolge als Erfolge für rechtsextreme Parteien bei Wahlen, Enthüllungen über Auschwitz-Kredite der Deutschen Bank, eine erneute Zunahme des rechtsextremen Potenzials in Deutschland, der Aufstieg von Jörg Haider im Nachbarland Österreich, wieder viele antisemitische, rassistische und fremdenfeindliche Übergriffe und der Beschluss des Bundestags, in Berlin ein Holocaust-Mahnmal zu bauen – dies waren traurige, bedenkliche und erfreuliche Ereignisse des vergangenen Jahres, die uns beim Blick nach rechts aufgefallen sind. So gemischt, wie sie hier unchronologisch und ungewichtet aufgereiht werden, spiegeln sie positive wie negative Entwicklungen wider. Wir haben sie beobachtet und aufgezeichnet, geschildert und kommentiert, analysiert und dokumentiert.

Wir haben das Jahrhundert hinter uns, in dem der deutsche Nationalsozialismus mit seinem Rassenwahn viele Völker, auch unser eigenes, in nachwirkendes Unglück stürzte. Mit dem Umblättern des Kalenders in ein neues Jahrtausend kann das nicht gelöscht werden.

Auch die Bilanz des Jahres 1999 hatte wieder mehr Schatten als Licht. Nichts spricht dafür, dass es im Jahr 2000 anders wird. Darum müssen sich auch in diesem Jahr alle Organisationen und Institutionen, private und staatliche, kirchliche, parteiliche und ungebundene, ebenso wie die Medien konzentriert darum bemühen, den Rechtsextremismus zu erkennen, um ihn bloß zu stellen und ihn zu verdrängen. Die erste Gelegenheit bietet sich am 27. Januar – dem noch nicht überall ins Bewusstsein gerückten Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. An diesem Tag wollen sich auf dem künftigen Gelände des zentralen Mahnmals in Berlin die Bauherren zu einer Mahnstunde versammeln.

Ins Abseits manövriert

Selbst die extrem rechten Blätter gehen heute zunehmend auf Distanz zu dem RAF-Mitbegründer Horst Mahler. **Seite 2 ■**

Sekten-Einfluss im Netz

Im neuen Microsoft-Programm „Windows 2000“ ist eine Komponente enthalten, die von einer Scientology-Firma stammt. Nicht ausgeschlossen werden kann dabei ein Zugriff auf die Daten der einzelnen Rechner. **Seite 4 ■**

NPD zieht ostwärts

Verlag und Versand des NPD-Organs „Deutsche Stimme“ lassen sich im sächsischen Riesa nieder. Das Grundstück hat ein Parteifunktionär von der örtlichen Volksbank erworben. **Seite 5 ■**

Tendenziöse Forschung

Das „Jahrbuch Extremismus und Demokratie“ ist durch die beiden Herausgeber in eine Schieflage geraten. **Seite 6 ■**

Die Wahrheit ans Licht

In der Schweiz findet eine weitgehende Aufarbeitung der NS-Zeit statt. **Seite 12 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Im rasanten Fall**

Der Ex-RAF-Terrorist Horst Mahler ist selbst bei extrem rechten Medien nicht mehr wohlgekommen. Sogar die sonst wenig zimperlichen „Staatsbriefe“ gehen inzwischen auf Distanz zu Mahler und seinen Mitstreitern.

Das nichts weniger aktuell ist als die Sensation von gestern, hat auch Horst Mahler inzwischen am eigenen Leibe erfahren. Seine Laudatio zum 70. Geburtstag des Konservativen Günter Rohrmoser Ende 1997 und sein Vortrag am Stand der „Jungen Freiheit“ bei der Frankfurter Buchmesse 1998 vermochten noch einiges Aufsehen zu erregen. Dass ein „Alt-’68er“ und früherer RAF-Aktivist zum rabiatischen Nationalisten konvertiert war, wurde damals noch als Sensation gehandelt. Inzwischen hilft auch die Wahl des symbolträchtigen Datums 9. November für den bisher letzten Mediencoup nicht mehr, selbst in seinem heutigen Umfeld mehr als ein gelangweiltes Registrieren hervorzurufen. Seine noch kurze Karriere innerhalb der extremen Rechten gestaltet sich zunehmend als die eines kurzen Aufstiegs, dem ein langer und rasanter Fall folgt.

Nach Leipzig hatte Mahler für den 9. November 1999 eingeladen, um das Signal für den Aufbruch einer Bewegung der „Reichstreuen“ zu geben. Doch ganz vierzig Getreue folgten dem Ruf zu der Veranstaltung, die pikanterweise ausgerechnet in einem China-Restaurant stattfand. Die hochkonspirative Vorbereitung, zu der auch ein Vorbereitungstreffen Ende September in Bielefeld gehörte, kontrastierte auffallend mit der starken Medienpräsenz während des Events selbst. Dabei waren die weiteren Hauptdarsteller neben Mahler selbst dessen inzwischen fast zwillingshafter Mitstreiter Reinhold Oberlercher (der selbsternannte „Rudi Dutschke von Hamburg“), der einmal mehr seinen „Reichsverfassungsentwurf“ zu Gehör brachte und der Uralt-Rechte Johannes Peter Ney, der sich bisher vor allem in Sachen Geschichtsrevisionismus und als stellvertretender Vorsitzender des rassistischen Schutzbundes für das deutsche Volk hervorgetan hatte.

Obwohl die Veranstaltung äußerst mediengerecht und mit einer Polizeiaktion wegen einer angebli-

chen Bombendrohung endete, war das Spektakel sogar dem NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ lediglich 14 nüchterne Zeilen in einem Einspalter wert. Die „Junge Freiheit“, die Mahler ursprünglich als Konvertiten bejubelt und inszeniert hatte, ignoriert Mahler bereits seit einiger Zeit und hat ihn auch als Autor abgelegt. Lediglich das Nationale Infotelefon Hamburg berichtete relativ wohlwollend und erwähnt auch, dass zu den „geladenen Gästen“ im „überfüllten Saal“ die Terroristen Peter Naumann und Manfred Roeder gehörten.

Auf wesentlich weniger Wohlwollen stieß Mahlers jüngstes Spektakel bei Hans-Dietrich Sander, dem Herausgeber der „Staatsbriefe“, der nicht nur mit Mahler bei einem Besuch in Berlin mit diesem regelmäßige Zusammenkünfte vereinbart („Die Blicke, die wir wechselten, wirkten auf mich wie eine Blutsvermischung“), so Sander rückblickend und ihm die Seiten seiner Zeitschrift als Autor geöffnet hatte, sondern mit ihm auch seit 1998 in einem Berliner Zirkel zusammenwirkte, der sich als „strategisch-analytisch“ versteht. Dort, so Sanders Version, sei vereinbart worden, dass sich Mahler und Oberlercher vorwiegend um die Gewinnung von Linken für die nationalistische Arbeit widmen sollten.

■ **Selbsternannter „Rudi Dutschke von Hamburg“** ■

Auch die Verbindung zu Sander ist nunmehr offenbar gekappt. In den „Staatsbriefen“ wird die Leipziger Veranstaltung kurz und knapp als „Wirtschaftskonspiration“ abgetan, werden die beabsichtigten Debatten um die Verfassung eines Deutschen Reiches schlicht als „Reichskabbalistik“ abgekanzelt. Für die Gemeinten ein schlimmer Vorwurf: immerhin ist die Kabbalistik auf das Judentum zurückzuführen. Der Verstoß gegen getroffene Absprachen muss den „Staatsbriefe“-Herausgeber dermaßen verärgert haben, dass in der Dezember-Ausgabe seines Blattes noch einmal nachgekartet wurde. Über Oberlercher, immerhin „Staatsbriefe“-Autor seit der ersten Ausgabe, heißt es, es „lebte im Zwielficht richtig auf“, mit seiner „Uhr hätte der Abend (Polizeieinsatz eingeschlossen) mehrfach bezahlt werden können“. Zustimmung zitiert das Blatt hier einen anwesenden Burschenschafter: „Wir haben (sic!) hier nur Staffage für Oberlerchers und Mahlers Selbstdarstellung.“ Diese ging nach Auflösung der Veranstaltung durch den Polizeieinsatz auf offener Straße weiter. Mah-

ler verlas einen Offenen Brief an Gerhard Schröder, in dem dieser aufgefordert wurde, ins Exil zu gehen und von dort den Widerstand gegen die Globalisierung anzuführen.

Ausgangspunkt der inzwischen wohl unüberbrückbaren Differenzen zwischen Sander und Mahler waren strategische Auseinandersetzungen beim letzten Lesertreffen der „Staatsbriefe“ Anfang Oktober. Dort wurde jedoch zugleich deutlich, dass keineswegs ein Dissens in der Sache besteht. Dafür ist der im strategischen Bereich gravierend. So kritisiert Gerhoch Reisegger, der neue „starke Mann“ bei den „Staatsbriefen“: „Es wäre etwas schade, wenn wegen etwas Aktivismus die besten Köpfe herausgeschossen würden. Das war ja auch mein Einwand bezüglich einiger Punkte Oberlerchers.“

■ Pamphlet mit antisemitischem Impetus ■

Mahler dagegen mag in keinerlei Hinsicht mehr Zurückhaltung üben. Er setzt das Sektierertum seiner linken Phase konsequent fort und schreibt in seiner Antwort an Reisegger: „Das Konzept der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft vereinte die ehemals verfeindeten Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft und war so geeignet, den Bürgerkrieg zu beenden und die Volkswirtschaft erblühen zu lassen. ... Es war die nationalsozialistische Revolution, die das Finanzkapital wirklich bedrohte, nicht der Bolschewismus. Sie musste um jeden Preis vernichtet werden - mit Hilfe der Bolschewisten.“ Mahler hält Zurückhaltung zum jetzigen Zeitpunkt für unangebracht. Für ihn stehen alle Zeichen auf Angriff: „Wir würden weit weit hinter unseren Möglichkeiten zurückbleiben, wenn wir jetzt nicht vorwärts stürmten, um die von Martin Walser, Bernd Rabehl, Rainer Langhans, Reinhold Oberlercher, Peter Sloterdijk und Antje Vollmer geschlagene Bresche zu erweitern.“

Und auch in puncto Antisemitismus ist Mahler nunmehr wild entschlossen, auch die letzte Zurückhaltung aufzugeben. Reiseggers zurückhaltende Kritik: „Thesen zur nationalen Befreiung fänden m.E. leichter Akzeptanz, wenn man für die 'Befreiung der Juden' nicht gerade AH (= Adolf Hitler; Anm. der Red.) als Zeugen aufböte“, weist er kategorisch zurück: „Darin sehe ich eine bezeichnende Fehlleistung Ihrerseits (Habermas lässt grüßen!).“

Folgerichtig findet sich Mahlers jüngste schriftliche Auslassung außerhalb des Internets, wo er eine „Werkstatt Neues Deutschland“ mit diversen theoretischen Texten als neue Domain eingerichtet hat, in der geschichtsleugnenden Zeitschrift „Sleipnir“. In deren aktueller Ausgabe (5/99) veröffentlichte Mahler seine „Thesen über Juden und Deutschland“. Ein Zitat mag genügen, um den antisemitischen Impetus dieses Pamphlets zu verdeutlichen: „Der Nationalsozialismus war der erfolgreiche Versuch, auf heidnischer Grundlage im Glauben an die Volksgemeinschaft als nachempfunder Thinggenossenschaft den Zugang zur Innerlichkeit, die im Aufklärer untergegangen und intellektuell geächtet war, wiederzugewinnen.“

■ Gefährlicher Unsinn ■

Kein Wunder, dass Mahler auch bei der „Jungen Freiheit“, die ansonsten gegenüber jeglichem rechten Gedankengut offen ist, nicht mehr gelitten ist. Dort überwiegt offenbar die Furcht von der Stigmatisierung die inhaltliche Sympathie. Mahler hat es in gerade einmal zwei Jahren geschafft, sich immer weiter ins Abseits zu manövrieren und dabei auch seine neuen Freunde zu verprellen. Aber die „Junge Freiheit“ hat schnell Ersatz für ihn gefunden. In der ersten Ausgabe des Jahres präsentiert sie stolz in einem zweiseitigen Interview den Bruder Rudi Dutschkes, der über diesen zu sagen weiß: „Die deutsche Einheit stand für ihn im Mittelpunkt“. In einem redaktionellen Beitrag mutiert der Vordenker der 68er Rebellion dann gar zum Konservativen Revolutionär. Dutschke hat für die JF einen großen Vorteil: da er tot ist, kann er sich weder gegen die Vereinnahmung wehren, noch kann er vergleichbaren Unsinn wie Mahler anstellen. Dessen Unsinn aber - das gilt es festzuhalten - ist und bleibt ein gefährlicher, trotz und wegen seines Sektierertums. Sein Weg zum fanatischen Antisemitismus ist nur konsequent.

Jean Cremet

■ Am Rande

München - Hans Dietrich Sander, seit 1990 Herausgeber der den Reichsgedanken propagierenden Monatszeitschrift „Staatsbriefe“, will sein Blatt „in jüngere Hände“ übergeben. Die neuen Kräfte würden bereits eingearbeitet. Die Auflage des erfolgreichen Projektes ist im vergangenen Jahr auf knapp über 900 Exemplare gesunken.

Hintergrund**Trojanische Pferde**

Im neuen Microsoft-Programm „Windows 2000“ ist eine Komponente enthalten, die von einer Scientology-Firma stammt. Nicht ausgeschlossen kann werden, dass die Sekte damit künftig Zugriff auf die Daten jedes einzelnen Rechners hat. Bei Microsoft zeigt man sich von den Protesten unberührt.

Pünktlich zum Start der Computer-Messe CeBit in Hannover am 24. Februar will Software-Gigant Microsoft sein Programm „Windows 2000“ auf dem deutschen Markt platzieren. In den USA wird der Nachfolger von Windows-NT bereits vom 17. Februar an zu haben sein. Wenn „Windows 2000“ einen ähnlichen Erfolg hat wie sein Vorgänger, kann sich die Scientology-Organisation die Hände reiben. Denn eine integrierte Komponente des Netzwerk-Programms stammt von einem Mitglied des Weltverbandes scientologischer Unternehmen (WISE), von Executive Software International.

„Suche Dir ein Geschäft aus, welches bereits sehr gut arbeitet ... und verbreite Scientology“, heißt es in einer Anweisung des Scientology-Gründers L. Ron Hubbard. Genau dies hat der Amerikaner Craig Jensen getan, der am 8. Februar seinen 50. Geburtstag feiern wird. Seine Firma Executive Software (ExecSoft) wurde 1981 gegründet. Er ist Chairman und Chief Executive Officer (CEO) des in Glendale (Kalifornien) residierenden Unternehmens. Vom einfachen Programmierer mit „einer Ein-Mann-Show bis zu einem florierenden Multimillionen-Dollar-Unternehmen“ habe er es gebracht. Nicht nur mit Fleiß und Glück, sondern natürlich mit Hilfe von Dianetik und Scientology, auf die Jensen 1974 stieß. Der clevere Geschäftsmann outet sich selbst auf einschlägigen Seiten der Scientology-Organisation im Internet. Er hat nicht nur die derzeit höchste Stufe auf der scientologischen „Brücke zur Freiheit“ (OT 8) erklommen, sondern darf sich auch mit dem Ehrenstatus „verdienstvoller Patron“ schmücken, da er mindestens 250.000 US-Dollar in die „Kriegskasse“ der Internationalen Vereinigung der Scientologen (IAS) spendete. Aus dieser „war chest“ werden Detektive und Schmutzkampagnen gegen Kritiker finanziert, Zeitungsanzeigen gegen Deutschland und einiges mehr.

Seine Firma ist Mitglied bei WISE, dem World Institute of Scientology Enterprises. Dieser Ableger dient dem Psycho-Konzern zur Unterwanderung der Wirtschaft. WISE soll die von Hubbard entwickelte „administrative Technologie in die Top-Gesellschaften des Landes bringen, in andere Vereinigungen, Gemeinden, Länder und Regierungen“. Sie soll „jedem Geschäft der Welt in vollständige Anwendung“ gebracht werden, heißt es in WISE-Papieren. Die Mitglieder versprechen absolute Treue zur Organisation, unterwerfen sich scientologischer Gerichtsbarkeit, welche „keiner Nachprüfung oder erneutem Beschluss eines anderen Gerichts unterworfen werden soll“.

■ „Voll ausgebildete Scientologen gesucht“ ■

Seit Jahren ist ExecSoft mit Produkten wie „Diskkeeper“ und „Undelete“ am Markt. Kaum ein Software-Händler im Internet, der sie nicht vertreibt. Und eben das Defragmentierungsprogramm „Diskkeeper“ wurde als Bestandteil von „Windows 2000“ integriert. Mit diesem werden verstreute Dateien auf der Festplatte neu geordnet. Ein Zugriff auf sämtliche Daten ist deshalb erforderlich. Damit sitzt eine Scientology-Firma demnächst in den meisten Netzwerk-Rechnern von Firmen, Behörden und Institutionen. Sekten-Experten, Datenschützer und Scientology-Kritiker sind empört und entsetzt. Bei Microsoft versteht man die Aufregung nicht: ExecSoft müsse behandelt werden wie jedes andere Unternehmen. „Wir können aus religiösen, rassischen oder sonstigen Gründen ohne einen Richterspruch niemanden davon ausschließen, mit uns Geschäfte zu machen“, sagte der deutsche Microsoft-Sprecher Kurt Braatz dem Computer-Fachmagazin „c't“. Es gebe kein rechtskräftiges Urteil, in dem Scientology als verfassungsfeindliche Organisation eingestuft werde. Dass die unter dem Deckmantel „Kirche“ auftretende Organisation – mit Ausnahme von Schleswig-Holstein – von den Landesämtern und vom Bundesamt für Verfassungsschutz überwacht wird, stört Microsoft indes nicht. Schließlich ist Scientology ja in den USA als gemeinnützige Religionsgemeinschaft anerkannt und kann auf zahlreiche prominente Fürsprecher in Politik, Wirtschaft und besonders in Hollywood zurückgreifen.

Über die Frage der Gefahren gehen die Meinungen auseinander: Während Microsoft angibt, den Quellcode des Programms untersucht und nichts

Ungewöhnliches festgestellt zu haben, warnen Kritiker vor „trojanischen Pferden“, die - ohne dass es der Anwender merkt - Daten per Telefonleitung nach außen weitergeben. Die Computer-Experten von „c't“ untersuchten die aktuellen Vorabversionen von „Windows 2000“. Sie stellten ebenfalls nichts fest, gaben aber zu bedenken: „Man kann praktisch nie mit absoluter Sicherheit sagen, dass keiner (Trojaner; Anm. der Red.) drin ist, sondern es ist ein Glücksfall, wenn man sie findet.“

Ein Glücksfall für ExecSoft ist, dass sich die Europa-Zentrale im britischen East Grinstead (West Sussex) befindet - wie auch die anderer Scientology-Firmen. Im Schloß des Ortes, Saint Hill Manor, hatte Scientology-Gründer L. Ron Hubbard residiert, als sein „Geistwesen“ noch in menschlicher Hülle auf der Erde weilte. Seinerzeit befand sich dort der internationale Hauptsitz des Psycho-Konzerns. Heute befindet sich dort der Sitz der IAS und einer der zentralen scientologischen Ausbildungsakademien. Hierhin pilgern Hubbard-Jünger aus ganz Europa. Wenn ExecSoft-Mitarbeiter Auditing oder ähnliche scientologische Dienstleistungen in Anspruch nehmen wollen, müssen sie also nicht weit fahren.

■ Sekte am Umsatz beteiligt ■

Auch in Deutschland war ExecSoft jahrelang präsent. Dafür hatte Jensen am 10. Dezember 1991 in Dover (Delaware/USA) extra die Executive Software Deutschland Inc. gegründet. Stammkapital: 20.000 US-Dollar. Ins Hamburger Vereinsregister wurde die deutsche Zweigniederlassung am 11. Dezember 1992 eingetragen. Geschäftsadresse: eine Anwaltskanzlei an den Alsterarkaden. Für das Unternehmen wurden - laut „c't“ - „voll ausgebildete Scientologen“ gesucht. „Computer-Kenntnisse wünschenswert, aber keine Voraussetzung.“ Als die Firma über eigene Büroräume verfügte, wurde immer wieder in Computer-Zeitschriften für ihre Produkte geworben. Allerdings, so wird in scientologischen Propaganda-Schriften beklagt, hätten bereits 1995 staatliche Stellen vor ExecSoft als Scientology-Firma gewarnt.

Das Volumen des deutschen Marktes machte augenscheinlich eine eigene Präsenz nicht erforderlich, denn am 10. April 1997 bevollmächtigte Jensen von Los Angeles aus den Münchner Rechtsanwalt Günther von Jan, die Zweigniederlassung aufzulösen und aus dem Handelsregister zu lö-

schen, was am 16. Juni 1997 geschah. Von Jan ist nicht irgendein Anwalt und Steuerberater, sondern gehört zum privaten und geschäftlichen Umfeld des Zwickauer Immobilien-Magnaten und Top-Scientologen Kurt Fliegerbauer. Er und von Jan sind an verschiedenen Firmen beteiligt, die zum Scientology-Firmenverband WISE gehören. Von Jan soll Lebenszeit-Mitglied und regelmäßiger Gast in „Flag“ sein, dem „geistigen Hauptquartier“ von Scientology. So schließt sich der Kreis.

Nicht der Kreis, sondern die Türen blieben übrigens für ein Gespräch zwischen Vertretern der katholischen Kirche und Microsoft verschlossen. Die Kirche hatte massiv dagegen protestiert, dass beim Kauf von „Windows 2000“ indirekt auch die Scientology-Kassen klingeln sollen. Schließlich ist davon auszugehen, das ExecSoft an den Lizenzgebühren mitverdient - und zehn bis 15 Prozent des Umsatzes eines WISE-Mitgliedes gehen an den Psycho-Konzern. Außerdem wäre Großspender Jensen mal wieder in der Lage, die „Kriegskasse“ großzügig aufzufüllen. Von alldem will Microsoft nichts wissen. „Wer solche Bedenken hat, dem steht es frei, das bei seiner Kaufentscheidung zum Ausdruck zu bringen“, hieß es aus dem Hause des Quasi-Monopolisten. Das Software-Unternehmen ließ einen für den 9. Dezember vereinbarten Termin mit Kirchenvertretern in dieser Sache kurzfristig platzen. Microsoft war wohl sauer, dass die Verbindung zu Scientology vor dem Termin öffentlich gemacht wurde. *Torsten Borchers*

Am Rande

Düsseldorf - In der vom Verband der Reservisten der deutschen Bundeswehr e.V. herausgegebenen Zeitschrift „loyal“ findet sich eine ganzseitige Anzeige des „Kabinett Auftragsservice“ aus Düsseldorf. Angeboten werden Titel wie „Wehrmachtsuniformen des 2. Weltkrieges“ und „Tarnuniformen der Wehrmacht und Nachkriegsvarianten“ sowie das Büchlein „Werwolf-Winke für Jagdeinheiten“ des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Arthur Ehrhardt. Kopf des „Auftragsservice“ und des Kabinett-Verlages (früher Barrett-Verlag) ist Karlheinz Dissberger, zeitweilig Mitglied der Wiking-Jugend und ehemaliger NPD-Landtagskandidat. Dissberger war Düsseldorfer Verbindungsmann der militanten Wehrsportgruppe des Rechtsterroristen Karl-Heinz Hoffmann und belieferte bis zum Verbot der neonazistischen Nationalistischen Front auch den Versandhandel von Meinolf Schönborn. *A.M.*

Aktivitäten**NPD strebt ostwärts**

Der NPD-Verlag Deutsche Stimme will im sächsischen Riesa seinen neuen Firmensitz nehmen. Das Gelände hat ein Parteifunktionär von der örtlichen Volksbank erworben.

Was im bayerischen Sinning für Freude sorgte, brachte für das sächsische Riesa einige Aufregung. Dem NPD-Verlag Deutsche Stimme waren zum 31.12.1999 die Räumlichkeiten gekündigt worden. Wenige Wochen zuvor war Riesa als neuer Sitz des rechten Unternehmens bekannt geworden. Die Stadt war in der Vergangenheit nicht mehr und nicht weniger für rechte Aktivitäten bekannt als ähnliche Orte im Freistaat auch. So gibt es hier eine ausgeprägte rechte Skinhead-Szene, die unter anderem durch die White Power-Band „Die weißen Riesen“ repräsentiert wird. Nicht nur die ersten Instrumente, so die Auskunft der Band, wurden von der Stadt bezahlt. Auch Proberäume stellte die Kommune zur Verfügung - bis die Kündigung wegen der rechts-extremen Einstellung erfolgte.

Zu den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr kandidierte die NPD erstmals mit einer eigenen Liste. Spitzenkandidat war der 52-jährige Geschäftsführer des NPD-Kreisverbandes Riesa-Großenhain Jürgen Günz („Alles für Riesa, alles für Deutschland“). Durch den Gewinn von 1446 Stimmen (3,14 Prozent) konnte die NPD in Riesa einen der wenigen Sitze in einem sächsischen Kommunalparlament erringen. Doch Jürgen Günz, ein vormaliger SED-Parteisekretär im Stahlwerk Riesa, ist nicht nur Mandatsträger, sondern auch gescheiterter Existenzgründer eines mittelständischen Sanitärhandels. Die ortsansässige Volksbank als Gläubiger hatte nach dem Konkurs des Betriebes den Besitz an die NPD verkauft. Andere Interessenten soll Günz durch ein rustikales Auftreten vom Erwerb abgehalten haben. Auf Günz' Firmengelände soll nun der DS-Verlag seinen neuen Sitz erhalten. Gelände und Räumlichkeiten bieten gute Voraussetzungen für die Ausweitung der Arbeit. Neben einer großen Halle für Veranstaltungen stehen Büroräume zur Verfügung, selbst Wohnungen wären denkbar.

Durch eine Indiskretion wurde der ganze Vorgang des DS-Umzugs in der Boulevard-Presse publik (s.

BNR Nr.25-26/99). Dies war weder dem Verfassungsschutz, welchem die Umtriebe bereits seit einiger Zeit bekannt waren, noch der NPD recht. Aggressiv reagieren seitdem die die Niederlassung aufbauenden NPDler auf Presse und Öffentlichkeit. Etwa wurde Mitte Dezember eine sich außerhalb des Firmengeländes befindliche Journalistin bedroht und körperlich attackiert. Die ihr entwendete Kameraausrüstung bekam sie erst nach Intervention durch den Staatsschutz von den Rechten zurück. Aber auch Anwohner, die sich über die Ruhestörung seitens der rechten Nachbarn beschweren wollten, wurde klar gemacht, besser keine Anzeige bei der Polizei zu stellen. Gesichert wird das Anwesen neben einer umfangreichen Videoüberwachung durch eine von Kameraden aus Bautzen und Dresden gestellte Schutztruppe, die möglicherweise eine erste praktische Umsetzung des Parteitagsbeschlusses vom Oktober 1999 in Pausitz bei Riesa ist (s. BNR Nr. 22/99).

Hätte es besagte Indiskretion nicht gegeben, hätte die NPD auf dem Gelände weiter ungestört agieren können wie die Monate zuvor. Neben Veranstaltungen wurde von hier aus der Landtagswahlkampf maßgeblich organisiert. In einer Halle wurden das Wahlkampfmaterial gelagert und die Plakataufsteller beklebt.

Die Aufregung in Riesa zeigt aber auch einen ersten positiven Ansatz. So wurde auf Initiative von Jugendlichen und den örtlichen Bündnisgrünen ein „Bündnis gegen Rechts Riesa“ gegründet, an dessen ersten Treffen sich die Parteien CDU, SPD, FDP und PDS sowie ein Vertreter der Stadtverwaltung, Angehörige der VVN/BdA, Gewerkschafter, Mitarbeiter kirchlicher Einrichtungen sowie junge Antifaschisten beteiligten. Schnell war man sich einig, entschieden gegen die NPD-Zentrale vorzugehen. Die Prüfung rechtlicher Schritte, eine Sondersitzung des Stadtrates und Informationsveranstaltungen, waren einige der Vorschläge, die beim ersten Treffen gemacht wurden. In die Kritik geriet aber auch das bisherige Verhalten des Bürgermeisters Köhler, der in einem Öffentlichwerden der Vorgänge eine Gefahr für die Sportstadt Riesa sieht. Dagegen setzt man im Bündnis, die ähnliche Verschweige- und Verharmlosungstaktik im Fall der Stadt Wurzeln berücksichtigend, auf offensive Auseinandersetzung. Im Falle Sinning hatte diese Strategie - ein breites Bündnis mit Öffentlichkeitsarbeit - Erfolg. Der Verlag Deutsche Stimme musste gehen. Und in Riesa müsste er auch nicht bleiben. *Lukas Kilian*

Seitenblick

Rechtes Auge blind

Der Revisionismus-Vorwurf an den stellvertretenden Leiter des Hannah-Arendt-Instituts verweist auch auf die Schieflage, in die die Herausgeber Uwe Backes und Eckart Jesse das Jahrbuch Extremismus und Demokratie gebracht haben.

Mit der Ankündigung von Saul Friedländer, den wissenschaftlichen Beirat des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung zu verlassen, ist dessen Existenz massiv gefährdet. Nicht nur, weil damit die Drittmittelzuwendung für Forschungsvorhaben in Frage gestellt wird; mehr noch, es ist zu befürchten, dass die Nachlassverwalterin ihre Ankündigung wahr machen wird, bei einem solchen Schritt Friedländers werde sie dem Institut die Namensführung entziehen. Dies würde das Ende des Instituts bedeuten, was eine Katastrophe jenseits des Verlusts an wissenschaftlicher Kompetenz bedeutet. Damit würde international die Fähigkeit Deutschlands in Frage gestellt, sich mit dem Totalitarismus als Element einer Periode seiner eigenen Geschichte auseinanderzusetzen.

Auslöser für diese Entwicklung war die Veröffentlichung der Antrittsvorlesung des Privatdozenten Lothar Fritze, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut, in der „Frankfurter Rundschau“ zum 8. November 1999, in der dem 60 Jahre vorher im Bürgerbräukeller in München von dem Schreiner Georg Elser gegen Adolf Hitler verübten Sprengstoffattentat die moralische Legitimation abgesprochen worden war (vgl. BNR 23/99). Zur Verschärfung der Diskussion um die Zulässigkeit einer solchen wissenschaftlichen Position trug bei, dass der stellvertretende Leiter des Hannah-Arendt-Instituts, Uwe Backes, den als „Oberseminarreferat“ karikierten Text im Gegensatz zum Instituts-Leiter Klaus-Dietmar Henke verteidigte. Wenig hilfreich war es zudem, dass ausgerechnet aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz Autoren, die den Text als revisionistisch kritisierten, der Vorwurf mangelnden Respekts vor der Wissenschaftsfreiheit gemacht wurde.

Durch den Vorgang ist nicht nur das Arendt-Institut in Schieflage gekommen, dasselbe gilt für die vom Bundesministerium des Innern geförderte „Jahrbuch Extremismus und Demokratie“, das

Backes seit 1989 mit dem zunächst in Trier und jetzt in Chemnitz lehrenden Eckart Jesse veröffentlicht und in dessen nächste Ausgabe der Fritze-Text aufgenommen werden sollte. Das Jahrbuch, von dem bisher zehn Ausgaben vorliegen, gibt in einer Fülle von Aufsätzen, Rezensionen und Dokumentationen einen Überblick über den aktuellen Stand der Wissenschaft zu Extremismus und Terrorismus.

Die Problematik der Berichte mag darin liegen, dass die politische Nähe der beiden Herausgeber zu eher konservativen Positionen immer wieder bei der wissenschaftlichen Behandlung des Extremismusthemas und ungeachtet des Bestrebens nach (mit Wissenschaft ohnehin nicht vereinbaren) Ausgewogenheit und der Auswahl ihrer Autoren durchschlägt. Sprich: der vielfach krampfhaftes Versuch, die Gleichartigkeit der Gefährdung durch Links- wie Rechtsextremismus darzutun. Da wird die „Stigmatisierung des Rechts- und die mangelnde Diskreditierung des Linksextremismus“ beklagt (Besprechung des Verfassungsschutzberichts 1992/Band 6, S. 344). Bezeichnend ist die Klage über die „Entgrenzung des Extremismusbegriffs“ (vgl. die Analyse „Extremismus der Mitte?“ von Backes und Jesse in Band 7, S.13, 24 ff). Nach beider Auffassung „(läuft) der demokratische Staat Gefahr, gegen die extreme Rechte überscharf vorzugehen, die Variante der extremen Linken hingegen in ihrem Wirkungsradius zu unterschätzen“ (vgl. die Analyse „Die streitbare Demokratie in der Krise?“ in Band 8, S.13, 16). Sie bedauern, „wie wenige über den Linksextremismus, wie viele hingegen über den Rechtsextremismus schreiben“ (Vorwort zu Band 9, S. 10). Solche Aussagen ignorieren - bei aller Notwendigkeit zu wissenschaftlicher Objektivität - die politisch zu bewältigende Kontinuität in der historischen Realität des Nationalsozialismus, seine fortwirkenden Spuren in Gestalt von Verwendung seiner Formensprache und Ideologie im heutigen Rechtsextremismus, die nach wie vor erschreckende Akzeptanz von autoritären bis extremen Positionen in weiten Teilen der Gesellschaft. Insoweit haben sich beide Autoren - insbesondere vor dem Hintergrund verständlicher überkritischer Sicht des Auslandes - in den Verdacht der Nähe zu Revisionismus gebracht. Es wäre schade, wenn das Unternehmen „Extremismus und Demokratie“ scheitern würde, möglicherweise lässt sich das durch mehr Einflussnahme des wissenschaftlichen Beirats des Jahrbuchs und des fördernden Innenministeriums abwenden. *Klaus-Henning Rosen*

Grauzone**Harmlose Steine**

Auf dem Areal der Ahnenstätte Hilligenloh in Hude wird Erich und Mathilde Ludendorffs gedacht.

Am 27. Januar wird sich jetzt der Gemeinderat von Hude in der Nähe von Oldenburg (Niedersachsen) endlich mit der obskuren Ahnenstätte Hilligenloh beschäftigen. Die bereits zweimal verschobene Sondersitzung des Gremiums soll zu diesem Zeitpunkt nachgeholt werden.

Die seit rund 60 Jahren bestehende Ahnenstätte Hilligenloh und ihr Trägerverein sind seit Anfang 1999 wieder einmal in der Diskussion. Damals hatte sich Gemeindepastor Reiner Backenhöfner dafür ausgesprochen, über diesen öffentlich zugänglichen Friedhof zu diskutieren, der eine Zeitlang sogar mit Nazi-Symbolen und Hakenkreuzen „geschmückt“ war.

Der Trägerverein steht dem Bund für Gotterkenntnis nahe, und an dessen prägende Gestalten Mathilde und Erich Ludendorff erinnern noch heute zwei Gedenksteine auf dem Ahnenstätten-Areal. Der zeitweise sogar verbotene Bund für Gotterkenntnis hat einen stark antisemitischen Hintergrund. Denn seine Gründung basiert auf dem 1921 veröffentlichten Buch „Triumph des Unsterblichkeitswillens“ von Mathilde Ludendorff. In dem wird unter anderem gepredigt, dass Blutmischung mit dem „Volkstod“ ende. Im Zuge ihrer Weltverschwörungstheorien hatte Mathilde Ludendorff (Witwe des Generals Erich Ludendorff, der beim Hitler-Putsch 1923 in der ersten Reihe mitmarschierte) Juden, Jesuiten und Freimaurer ins Visier genommen.

■ **„Geschmückt“ mit Hakenkreuzen** ■

Der Bund für Gotterkenntnis legte vor dem Hintergrund der Huder Debatte über die Ahnenstätte Hilligenloh nicht die Hände in den Schoß. Vielmehr versandte er im November vergangenen Jahres an zahlreiche Haushalte in der Gemeinde eine Broschüre, die Bürgermeister Axel Jahnz (SPD) als „Hetzschrift“ und „Machwerk mit menschenverachtender Auffassung“ bewertet. Die extrem rechte Organisation versuchte auch wiederholt, an den Sitzungen des Arbeitskreises teilzunehmen, der

sich im Gemeinde-Auftrag mit der Ahnenstätte auseinandersetzt. Dabei sei es zu massiven Störungen gekommen, beklagt Jahnz.

Während der Huder Bürgermeister mit dem Bund für Gotterkenntnis scharf ins Gericht geht, bricht er eine Lanze für den Trägerverein, der in Oldenburg beheimatet ist. Die allermeisten Mitglieder sind nach der Überzeugung des Politikers lediglich dabei, weil sie unbedingt auf dem konfessionslosen Privatfriedhof in Hilligenloh beerdigt werden wollten. Im übrigen habe der Verein angekündigt, die Gedenksteine für das Ehepaar Ludendorff zu überpflanzen.

Ob der Verein Ahnenstätte Hilligenloh tatsächlich so harmlos ist, wie der Bürgermeister annimmt, mag dahin gestellt sein. Immerhin verlangt der 1948 aus der Taufe gehobene Zusammenschluss in seiner Satzung ein Bekenntnis zur Ludendorff'schen Ideologie und hatte in der Vergangenheit immer wieder Kontakte zu Rechtsextremen.

Thomas Klaus

Am Rande**Kiffen macht doof**

Im Hanf-Verlag in Darmstadt erscheint zweimonatlich die Zeitschrift „grow“ (Motto: „Kiffen ist ein Hobby“). Die „grow“-Autoren befassen sich schwerpunktmäßig mit Themen wie Kiffen, Hanf- und Marihuana-Anbau. Ab und zu finden sich in dem bundesweit vertriebenen Blatt aber auch andere Beiträge, wie über „Das germanische Weltbild“ oder „Runenorakel“

In der Millenniums-Ausgabe von „grow“ wird der Anhängerschaft nun ein besonderes Schmankerl präsentiert: ein Interview mit dem braunen Esoterikstar Jan van Helsing (bürgerlicher Name Jan Udo Holtey). Der antisemitische Weltverschwörungstheoretiker, dem der baden-württembergische Verfassungsschutz 1996 ein eigenes Kapitel gewidmet hat, schwadroniert in bekannter Manier von geheimen Mächten, die die Medien und die Börse kontrollieren würden. Das „UFO-Thema“ wird von ihm dabei als „wichtigster Schlüssel zur Weltgeschichte“ ernannt. Helsing ist der bekannteste Autor, der die Brücke zwischen extremer Rechter, esoterischen Zirkeln und für Irrationales empfängliches allgemeines Lesepublikum schlägt. *A.M.*

Aktivitäten**Rechtes FDP-Gewächs**

Zum Thema „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ will der extrem rechte Cannstatter Kreis am 17. März eine Veranstaltung in Stuttgart durchführen. Als Podiumsteilnehmer werden unter anderen Harald Neubauer, Mitherausgeber von „Nation&Europa“, und die Südtirolaktivistin Eva Klotz erwartet.

Der Cannstatter Kreis, hervorgegangen aus einem Debattierzirkel rechtsoppositioneller Freidemokraten und Haider-Sympathisanten, ist seit geraumer Zeit Beobachtungsobjekt des baden-württembergischen Verfassungsschutzes. Seit seiner Gründung im Jahr 1994 hat er sich zu einem bedeutenden Think Tank und Sammelbecken von Rechtsextremisten unterschiedlicher Couleur in Süddeutschland gemausert.

Feindbild ist der sogenannte Parteienstaat: „Politiker und Parteien werden sehr kritisch gesehen“. Der „Bürger“ wird stattdessen aufgerufen, sein „Schicksal in die eigene Hand“ zu nehmen, „anstatt in der Obhut der Gemeinschaft seine Mündigkeit zu verlieren“, so der Leitgedanke des Cannstatter Kreises. Vorsitzender des rund 70 Mitglieder zählenden gemeinnützigen Vereins ist Steffen Ernle, gelegentlicher Autor in „Nation&Europa“ und der „Jungen Freiheit“.

Aufgetreten sind vor dem „Cannstatter Kreis“ unter anderen: Markus Heggenberger, Distriktobere Deutschland der rechtsklerikalen Priesterbruderschaft St. Pius X., Heiner Kappel, Alfred Mechttersheimer, Claus Nordbruch, Klaus Rainer Röhl, Alfred Schickel, Franz Schönhuber, Dieter Stein und Franz Uhle-Wettler. Veranstaltungshinweise oder -berichte über die Cannstatter finden sich in Blättern wie „Deutsche Stimme“, „Nation&Europa“, „Junge Freiheit“ und „Frieden 2000“.

Bei der baden-württembergischen Kommunalwahl im Oktober kandidierten mehrere Mitglieder des Cannstatter Kreises: Helmut Krüger, Wolfgang Derm, Dieter Lieberwirth, Hjalmar Schulze (alleamt Republikaner) sowie Mario Meurer und Siegfried Stiglmaier (NPD/Vereinigte Rechte).

Als Ideengeber im Hintergrund fungiert der Rechtsextremist Hans-Ulrich Kopp, der auch für den letztjährigen „Polit-Sommerhock“ (schwätzen, essen, trinken“) des Cannstatter Kreises verantwortlich zeichnete.

Anton Maegerle

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“, 14. Jg., 51-52/99; 15. Jg., 1/00: Analog zu den - von der JF schon häufig kritisierten - Entschädigungsverhandlungen für die Zwangsarbeiter Nazideutschland wird in breiter Form das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter nach 1945 in den Vordergrund gerückt; diese hätten „keine Lobby, die für sie Milliarden erkämpft“ (51-52/99). Die Wehrmachtsausstellung bleibt auch nach dem Rückzug im Visier der JF. Berichtet wird über eine Strafanzeige gegen die Initiatoren der Ausstellung wegen „Volksverhetzung“ und die Vorbereitung einer Sammelklage gegen „kollektiven Rufmord“. Für den Grazer Ernst Topitsch sollte mit der Ausstellung mittels Verbreitung von Sowjetpropaganda eine „Kollektivschuld der Wehrmacht“, letztendlich des deutschen Volkes konstruiert werden, unterstützt von Politikern, Kirchenmännern und „Koryphäen der ‘Zeitgeschichte’“. Hartnäckig hält der 80-jährige Emeritus in dem Zusammenhang an der von ihm seit Jahrzehnten vertretenen These fest, wonach Stalin „nach heutigem Wissensstand ... eine Großoffensive mit Nachdruck vorbereitet“ und damit den „Erstschlag“ der Wehrmacht provoziert habe. Hans-Helmuth Knütter lobt das Buch des neuen Starautors der extremen Rechten, Claus Nordbruch, über den Verfassungsschutz als „ein Stück streitbarer Demokratie“. Als Friedensapostel wird der verstorbene kroatische Präsident Tudjman gewürdigt, dessen „westlicher Demokratie“ vom Westen nur Steine in den Weg gelegt wurden (51-52/99). Den 20. Todestag von Rudi Dutschke nimmt die JF zum Anlass für dessen Vereinnahmung. Dutschkes Bruder Helmut schwafelt im Interview über Rudis „Sehnsucht, in Deutschland normale Verhältnisse zu schaffen, das Nationale zum Abschluss zu bringen“. Werner Olles weiß rückblickend, dass Dutschke von einem wiedervereinigten Deutschland geträumt habe. Moritz Schwartz verortet den Studentenführer gar bei den Apologeten der Konservativen Revolution (1/00). Bewunderung klingt an aus einem Beitrag über die Deutschen in Namibia, der ehemaligen deutschen Kolonie Südwest; dort würde noch das Deutschtum gepflegt. Als meinungsbildend und unverzichtbar in der Presselandschaft erklärt JF-Chefredakteur Dieter Stein sein Blatt und ruft auf zur „Großen Abo-Kampagne 2000“, mittels derer bis März 2000 neue Abonnenten und Geldgeber gesucht werden (1/00). (gn)

Aus der Szene**Rührige Kameraden****Dänische Neonazis erhoffen sich staatliche Zuschüsse für Radioprojekt.**

Jonni Hansen, Führer der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB) wurde kurz vor Weihnachten in Greve, 20 Kilometer südlich von Kopenhagen, von der Polizei festgenommen. Der zwischenzeitlich wegen versuchten Mordes angeklagte Neonazi, der wegen Körperverletzung nicht als Krankenpfleger in den Staatsdienst übernommen worden war, war absichtlich mit seinem Auto in eine 20-köpfige Personengruppe gefahren, die sich am Zaun des DNSB-Hauptquartieres, im Szenejargon „SA-Haus“ zu schaffen machte. Das „SA-Haus“ ist ein zentraler Anlaufpunkt sowie Kommunikations- und Veranstaltungsort für Neonazis aus ganz Europa.

Die DNSB ist in Dänemark legal und zählt etwa 50 Mitglieder. Ziel der Partei ist es „Dänemark in einen nationalen und sozialistischen Staat zu verwandeln“. Angaben von Parteiführer Hansen zufolge wurde die DNSB 1985 von dem Elektriker Jörgen Nielsen gegründet. Sie steht in Tradition der 1970 ins Leben gerufenen „Dänischen nationalen und sozialistischen Jugend“. Enge Verbindungen bestehen nach Deutschland zu den sogenannten Freien Nationalisten um die bekannten Neonazi-Kader Thomas Wulff und Christian Worch, zur NPD und den Jungen Nationaldemokraten sowie zu Gary Rex Lauck (NSDAP/AO) in den USA.

Im vergangenen Mai berichtete Jonni Hansen in einem Interview mit dem Neonaziblatt „Hamburger Sturm“ über die Aktivitäten der DNSB. Als „politische Höhepunkte“ wertete er die Organisation von Demonstrationen anlässlich des Todestages von Rudolf Heß, die Etablierung des Radiosenders „Oase“ mit wöchentlich zwölf Stunden brauner Sendung und die Eröffnung eines weiteren DNSB-Hauses in Aalborg. Dort soll künftig auch ein lokales Radioprojekt entstehen, „natürlich mit Zuschuss von dem Kulturministerium“.

Laut der deutschsprachigen Ausgabe von „Blood&Honour“ hat die DNSB neuerdings unter Mitgliederchwund zu leiden. Mehrere Aktivisten sollen zur skandinavischen „Blood&Honour“ übergelaufen sein. Die deutsche Sektion von B&H steht aber weiterhin treu zur DNSB. *Anton Maegerle*

Demokratische Initiativen**Auf dem Index**

Im vergangenen Jahr belief sich laut Jugend-Medien-Schutz-Report die Anzahl aller bisher indizierten und beschlagnahmten rechtsextremen Titel auf über 430 Bücher, Zeitschriften, Spiele, Tonträger und Internetseiten. 1999 wurden unter anderem die CD „Deutsche Wut / Rock gegen oben“ der Skinband „Landser“, Band 2 des im rechtsextremen Druffel-Verlags erscheinenden Werkes „Geheimakte Gestapo Müller“, das im Biograph-Verlag Starnberg erscheinende Buch „Uns trifft keine Schuld“ von Marcel Harry Huber alias Harry Zweifel sowie „Der Verlust der Väterlichkeit oder Das Jahrhundert der Juden“ von Wolfgang Frenz eingezogen oder beschlagnahmt.

Unter den indizierten Titeln befinden sich zahlreiche CDs einschlägig bekannter rechtsextremer Skinbands oder Liedermacher, die oft als Demotape oder, sofern der Vertrieb bekannt ist, meist über Rock-O-Rama-Records aus Brühl, Skull Records von Roland Schaffelhuber-Eybach aus Brühl oder über die dänische Firma NS-Records vertrieben werden. Indiziert sind auch zahlreiche revisionistische Bücher aus zumeist einschlägigen Verlagen wie dem Kritik-Verlag des verstorbenen Thies Christophersen, dem zur rechtsextremen Verlagsgesellschaft Berg (VGB) gehörenden Druffel-Verlag aus Starnberg, dem Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung Udo Walendys aus Vlotho oder von der „Stiftung vrij historisch Onderzoek“ (Stiftung zur Förderung Freier Historischer Forschung; VHO) aus Berchem in Belgien beziehungsweise Hastings in Großbritannien, die als einer der großen Versender für rechtsextremes und revisionistisches Material in Europa gilt.

Die indizierten Internetseiten sind im wesentlichen Teile der „Zündelsite“ des aus Kanada agierenden bekannten Holocaust-Leugners Ernst Zündel, stammen von der belgischen VHO, deren Internetseiten nach Ansicht des Bundesamtes für Verfassungsschutz eine zentrale Bedeutung für die Verbreitung revisionistischen Materials über das Netz zukommt, oder von der über eine Postfachadresse in Chicago erreichbaren revisionistischen L'Association des Anciens Amateurs de Récits de Guerre et d'Holocauste (Verein der ehemaligen Liebhaber von Kriegs- und Holocaust-Erzählungen, AAARG). *Rudolf Kleinschmidt*

Demokratische Initiativen**Engagement zeigen**

Mit wachsendem Erfolg sammelt die Amadeu-Antonio-Stiftung seit dem vergangenen Jahr Spenden für Opfer rechter Gewalt, aber auch für demokratische Initiativen. „Zurzeit können wir uns über Resonanz nicht beklagen“, erklärt Annette Kahane, eine der Initiatorinnen der Stiftung und Leiterin der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule in Berlin. In mehreren Zeitungen hatte die Stiftung nach dem Überfall auf den Marzahner Steinmetzen Otmar Kagerer zu Spenden aufgerufen. Nachdem Kagerer geholfen hatte, die Schäden an den Grabplatten nach einem Anschlag auf den Jüdischen Friedhof in Weißensee zu beheben, drangen Unbekannte in der Nacht zum 19. November 1999 bei ihm ein und beschädigten seine Grabmal-Ausstellung. Zuvor hatte er bereits anonyme Anrufe erhalten, war als „Judenschwein“ beschimpft und mit Morddrohungen attackiert worden. Inzwischen ist soviel an Spenden zusammen gekommen, dass der Sachschaden behoben werden kann. Kahane: „Es geht auch darum, zu demonstrieren, dass die Öffentlichkeit hinter Herrn Kagerer steht und nicht hinter den Rechten.“

Die Stiftung, die nach dem im November 1990 im brandenburgischen Eberswalde erschlagenen Angolaner Antonio Amadeu benannt wurde, will laut ihrem Programm auf die immer ausgeprägter werdende „rechtsextreme Alltagskultur“ reagieren. Unterstützt werden nicht schwerpunktmäßig Opfer, sondern Initiativen, die der Konformität rechter Werte entgegenwirken: Kirchengemeinden, Schülerclubs, Bürgerinitiativen, Vereine, aber auch engagierte Einzelpersonen.

Die Gelder sollen von wohlmeinenden Spendern kommen - und möglichst aus der direkten Umgebung. „Unser Ansatz ist Community-Arbeit“, sagt Kahane, „wir wollen die Leute vor Ort miteinbeziehen“. So soll als nächstes Geld für den Besitzer eines Döner-Ladens in Woltersdorf gesammelt werden, dessen Stand nach monatelangen Pöbeleien an Weihnachten abgefackelt wurde. Als erstes will die Stiftung den Betreiber des Supermarkts gegenüber der Dönerbude sowie örtliche Gewerbetreibende ansprechen.

Jeannette Goddar

Amadeu-Antonio-Stiftung, Chausseestr. 29, 10115 Berlin, Tel.: 28390543. FGM-Konto der Antonio-Amadeu-Stiftung: Deutsche Bank Heppenheim, Konto 034059627, BLZ 50970004

Rückblick**Das 20. Jahrhundert**

Über die Problematik säkularer Zäsuren ist in diesen Tagen des Jahres- und des vorweggenommenen Jahrhundert- beziehungsweise Jahrtausendwechsels ausgiebig philosophiert worden. Die Welt habe, so wird konstatiert, den Wechsel fast fröhlich begangen, wohl in der Hoffnung auf ein friedvolleres Säkulum. In der Tat ist das 20. Jahrhundert geprägt von Gewalt, die früher unvorstellbar war. Es wäre verkehrt, auf die Singularität des vergangenen Jahrhunderts abzuheben. Die Totalitarismen dieses Jahrhunderts haben ihren Ursprung spätestens im 19. Jahrhundert - im Nationalismus als Vorläufer des Nationalsozialismus, im Kommunismus und Anarchismus als Vorläufer des Stalinismus, im Kolonialismus als Vorläufer des islamistischen Fundamentalismus. All das erhebt uns nicht der Verantwortung. Dennoch sind Gewalt und Unrecht nicht das prägende Element allein des 20. Jahrhunderts: Heilslehren haben überdies alle vorausgegangenen Säkula geprägt, es war beileibe nicht ein „utopisches“ Jahrhundert (Joachim Fest). Das Licht der französischen Revolution erlosch im Blut der Andersdenkenden. Humanismus und Aufklärung als Ideale der Denkenden haben nicht das Blutvergießen durch die Herrschenden verhindert. Inquisition, Hexenverbrennung, die Brutalitäten der Kreuzzüge, die sich gerade gegen Juden gerichtet hatte, sind Stationen der Gewalt in Jahrhunderten zuvor. Dies rechtfertigt oder entschuldigt beileibe nicht die Gewalt im vergangenen Jahrhundert. Das Besondere liegt darin, dass kein Jahrhundert zuvor so lange an den Folgen vorausgegangenen Unrechts, konkret: totalitärer Regime zu tragen hatte. Der Totalitarismus des 20. Jahrhunderts hatte seine Schwerpunkte in der ersten Hälfte, die Folgen haben wir - gerade in Deutschland - in seiner zweiten zu tragen. Nicht nur mit Bezug auf die Entschädigung der Opfer des NS-Systems, vor allem, was die Auseinandersetzung mit seinen Epigonen, den Rechtsextremisten anlangt. Was sich verändert hat, und das vermag dem Wechsel einen positiven Akzent zu geben, ist die Bereitschaft, sich streitbar mit den Feinden der Demokratie auseinanderzusetzen und - im Gefolge des Internationalen Gerichtshofs in Nürnberg - international dem Unrecht in dieser Welt entgegen zu treten. Die Instrumentarien, die wir in beiderlei Hinsicht entwickelt haben, befriedigen nicht. Sie weiter zu entwickeln ist deshalb unsere Aufgabe. (khr)

Ausland**Im Licht der Wahrheit**

Die Schweiz hat ihre NS-Zeit weitgehend aufgearbeitet.

25.000 Konten könnten Holocaustopfern gehört haben. 54.000 zusätzliche „nachrichtenlose Konten“ wurden gefunden. 417 Konten wurden an Nazi-behörden ausbezahlt. 1.622 Konten haben möglicherweise höchsten Nazifunktionären gehört. Das ist die Bilanz drei-jähriger Arbeit der „Unabhängigen Kommission angesehener Persönlichkeiten“, die unlängst in Zürich der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist. Die „Volkert-Kommission“, benannt nach dem früheren US-Notenbankchef Paul A. Volkert, war von Schweizer Banken eingesetzt worden, um ihre Rolle während der NS-Zeit und danach zu klären. Dazu gehörte auch der Verdacht, diese Institute hätten Akten vernichten lassen, um Spuren zu verwischen. Dafür hat die Kommission keine Anhaltspunkte gefunden. Die Regierung in Bern erklärte daraufhin vorschnell, nun sei dieses „schmerzvolle“ Kapitel Schweizer Geschichte abgeschlossen. Vorschnell deshalb, weil die 25.000 Namen, die zum Teil mit Namen von NS-Opfern in der israelischen Gedenk- und Forschungsstelle Yad Vashem übereinstimmen, erst noch veröffentlicht werden sollen. Damit würde die Schweizer NS-Zeit erneut für Schlagzeilen sorgen. Richtig ist hingegen, dass die Banken nun besser dastehen als 1996. Damals waren zum ersten Male die gewaltigen Goldgeschäfte Schweizer Banken mit dem NS-Regime ruchbar geworden.

Nicht neu, aber deshalb nicht weniger schmerzlich holte die Eidgenossen kurz nach dem Volkert-Bericht eine zweite Bilanz über die Rolle der Schweiz in der NS-Zeit ein: Der Bergier-Bericht, benannt nach dem Schweizer Historiker Jean-Francois Bergier von der Technischen Hochschule Zürich. Bergier und seine Mitarbeiter waren vor drei Jahren von der Regierung in Bern beauftragt worden, die Verstrickung der Schweiz in die NS-Verbrechen zu untersuchen. Die Ergebnisse bestätigen, was seit langem vermutet wird. Die Schweiz war keineswegs neutral, sie hat sich zumindest in einem Punkt zum Komplizen der Nazis gemacht. Das war 1938 nach dem „Anschluss“ Österreichs, als viele österreichische Juden Schutz im Nachbarland suchten. Um nicht zu viele Juden ins Land zu lassen, empfahl damals die Regierung in Bern der Reichsre-

gierung, in die Pässe von Juden das berüchtigte große „J“ zu stempeln. Dazu heißt es in dem Bergier-Bericht, ohne diesen Stempel wäre es vermutlich vielen NS-Opfern möglich gewesen, über die Schweiz oder andere Staaten der Verfolgung und Ermordung zu entkommen. Der J-Stempel sowie andere Maßnahmen gegen NS-Flüchtlinge hätten im übrigen zumindest aus heutiger Sicht gegen die schweizerische Rechtsordnung verstoßen. Schweizer Behörden hätten mindestens 24.000 vorwiegend jüdischen Flüchtlingen die Einreise verweigert. Die wirkliche Zahl dürfte bedeutend höher liegen, da viele Fälle nicht dokumentiert seien.

In dem 350 Seiten umfassenden Bericht werden schwerste Vorwürfe erhoben. „Indem die Schweizer Behörden vor allem nach 1942 zusätzliche Hindernisse schufen, trugen sie - ob sie es beabsichtigten oder nicht - dazu bei, dass das NS-Regime seine Ziele erreichen konnte.“ Mit anderen Worten: Schweizer Behörden halfen den Nazis, die „Endlösung der Judenfrage“ zu verwirklichen. Der Hinweis auf das Jahr 1942 ist wichtig, weil spätestens im Frühjahr Bern darüber informiert war, was in Auschwitz und anderswo geschah. „Der Bundesrat, das Justizministerium und die Spitzen der Armee wussten im Sommer 1942, dass den zurückgewiesenen Flüchtlingen die Deportation nach Osteuropa und damit der Tod drohte“, sagte Bergier. Auf der anderen Seite verweist der Bericht auf mutige Schweizer Grenzbeamte, die trotz der Verbote Flüchtlinge ins Land ließen - insgesamt 51.000, unter ihnen etwa 21.000 Juden. Keine Bestätigung fand die international besetzte Kommission für die Behauptung des britischen Senders BBC, die Schweiz habe deutsche Deportationszüge mit italienischen Juden passieren lassen.

Erst im Juli 1944 seien die Grenzen der Eidgenossenschaft für jüdische Flüchtlinge wieder geöffnet worden - als es für die meisten längst zu spät war, „wobei die Behörden weiter daran festhielten, dass die Flüchtlinge das Land so bald wie möglich zu verlassen hätten.“ Dabei seien die Flüchtlinge stets als unerwünschte Ausländer betrachtet worden, und Juden seien „nur aus Rassegründen“ geflohen. Für sie sei nicht der Staat aufgekommen. Ihren Aufenthalt mussten jüdische Gemeinden und Hilfswerke finanzieren. Fazit der Kommission: Hauptgrund dieser flüchtlingsfeindlichen Politik sei nicht die vorgegebene schwierige Ernährungslage gewesen oder Drohungen Deutschlands, sondern der in der Schweiz wie im übrigen Europa vorhandene Antisemitismus. *Heiner Lichtenstein*

Bücherschau**Von Auschwitz lernen**

Wer irgendwann zwischen den 70er und 90er-Jahren eine durchschnittliche deutsche Schule besucht hat, mag sich noch an das Unbehagen erinnern, das einen als pubertierender Jugendlicher bei dem einen oder anderen „Wandertag“ beschleichen konnte: Bei strahlendem Sonnenschein reiste man reichlich aufgedreht, nach Bergen-Belsen oder Dachau - um sich dort nach einigen Stunden völlig unvorbereitet und überfordert zwischen den Hinterlassenschaften des größten Verbrechens, das je in deutschem Namen begangen wurde, wiederzufinden. Und weder die namenlosen Massengräber noch die Anne-Frank-Ausstellung vermochten etwas daran zu ändern, dass einem der Holocaust, den man schon im Unterricht so bemüht diskutiert hatte, kaum jemals ferner gewesen war. Mit schlechtem Gewissen fuhr man wieder nach Hause - und fragte sich meist erst Jahre später, wie denn wohl der außerordentlichste Bildungsauftrag dieses Jahrhunderts, den Theodor W. Adorno einst als „Erziehung nach Auschwitz“ bezeichnet hatte, wirkungsvoller hätte vonstatten gehen können.

Dass es auch anders geht - und wie, und woran vor allem kurzfristige Ansätze immer wieder scheitern - kann der interessierte Lehrer, Pädagoge oder Sozialarbeiter in Manfred Wittmeiers Buch „Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz - Zur Pädagogik der Erinnerung in der politischen Bildung“ nachlesen. Auf über 300 Seiten hat der Frankfurter Erziehungswissenschaftler sich mit der (west-)deutschen Bildungsphilosophie nach dem „Dritten Reich“, und schwerpunktmäßig mit dem Umgang mit Geschichte, Jugendarbeit und Zeitzeugen auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz beschäftigt. Die in jahrelanger Beobachtung der vor allem von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste geleisteten Arbeit in der Gedenkstätte hat Vorbildfunktion: Auf dem Grund von über 60 ehemaligen KZ's befinden sich Gedenkstätten mit Ausstellungen, Museen, Jugendbegegnungsstätten. Sie alle stehen vor den gleichen Fragen: Wie soll an diesen Stätten eine Bildung aussehen, die Jugendliche für das einst von Deutschen begangene Verbrechen sensibilisiert, gleichzeitig aber die Verstorbenen - und Überlebenden - achtet und nicht instrumentalisiert? Und: Kann man in Auschwitz mehr verstehen als den Holocaust? Ist es sinnvoll, moralisch vertretbar, erzie-

herisch effektiv, die Einzigartigkeit der systematischen Judenvernichtung beispielhaft für heutigen Rassismus und die Diskriminierung von Minderheiten heranzuziehen? Darf man aus Auschwitz mehr lernen wollen als Auschwitz?

Mit seiner Beschreibung der praktischen Arbeit, die in Auschwitz seit 30 Jahren von jugendlichen Freiwilligen geleistet wird, plädiert Wittmeier für langfristige Vor-Ort-Arbeit, in Zusammenarbeit mit den Zeitzeugen und mit tiefgründiger Betrachtung bestimmter, mit dem Holocaust zusammenhängender Themen. Doch er verweist auch auf die Frage, die unter anderem von der Amsterdamer Anne-Frank-Stiftung immer wieder gestellt wird: Ob an einem Ort mit der Geschichte des größten Konzentrationslagers der Menschheitsgeschichte nicht das Lernen zwangsläufig vom Grauen überdeckt werde. Und selbst dieses Grauen - was macht es fassbar? Oder, wie Peter Weiss es einst formulierte: „Doch nach einer Weile tritt auch hier das Schweigen und die Erstarrung ein. Ein Lebender ist gekommen, und vor diesem Lebenden verschließt sich, was hier geschah. Der Lebende, der hierherkommt, aus einer anderen Welt, besitzt nichts als seine Kenntnis von Ziffern, von niedergeschriebenen Berichten, von Zeugenaussagen, sie sind Teil eines Lebens, er trägt daran, doch fassen kann er nur, was ihm selbst widerfährt. Nur wenn er selbst von seinem Tisch gestoßen wird, weiß er, was das ist. ... Hier steht er nur in einer untergegangenen Welt. Hier kann er nichts mehr tun.“

Dennoch, folgert Wittmeier, sei die Erschließung der Geschichte von Auschwitz und ihrer Bedeutung für Gegenwart und Zukunft möglich - allerdings nur auf „diskursivem und prozessorientiertem“ Wege und nicht in Seminarform „zur Schließung von Leerstellen im Geschichtsunterricht.“ Schließlich, so Wittmeier, sei das „Kennenlernen des untergegangenen Geschehens von Auschwitz-Birkenau als Teil der deutschen Kultur und für die gesellschaftliche Zukunftsgestaltung unausweichlich.“ In diesem Zusammenhang wird aber auch noch auf ein ganz anderes Problem verwiesen: Weite Teile der Bildungsarbeit in Auschwitz konnte von Zeitzeugen geleistet werden - von denen künftig kaum noch einer zur Verfügung steht. Dann aber sei es allerhöchste Zeit, sich stärker um den Erhalt beziehungsweise die Produktion von medialen Dokumenten zu bemühen.

Jeannette Goddar

Manfred Wittmeier, "Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz", Brandes&Apsel Verlag, FFM, 364 Seiten, 49,80 Mark.

Meldungen**Inland**

■ **Frankfurt/Main** - „Überfremdung - eine Gefahr? Integration - ein Ausweg!“ lauten die rhetorischen Fragen für eine Podiumsdiskussion des Frankfurter Ablegers von Horst Mahlers Bürgerbewegung für Unser Land am 15. Januar. Mit Mahler diskutieren Peter Dehoust, Mitherausgeber von „Nation&Europa“, sowie Heiner Kappel, Bundesvorsitzender des Bund Freier Bürger, im „Haus der Heimat“ des Bundes der Vertriebenen.

■ **Hamburg** - Joachim Siegerist, Bundesvorsitzender des extrem rechten Vereins Die Deutschen Konservativen mit Sitz in Hamburg, jubiliert in der aktuellen Ausgabe seines Vereinsrundschriftens, das mit Advent 1999 datiert ist: „Ohne unseren Einsatz wäre es nicht zum Zusammenbruch der Remetsma-Ausstellung gekommen.“ Nähere Einzelheiten will der frühere Springer-Journalist Siegerist, der wegen Volksverhetzung rechtskräftig verurteilt ist, noch nicht verraten: „Nur so viel: Bestimmte ausländische Historiker arbeiten nicht ohne Auftrag und finanzielle Hilfe“. Weiterhin teilt Siegerist noch mit, dass während des letzten Vereinskongresses im November in Oberorke sich ein „Rat der Ältesten“ konstituiert habe. Leiter ist Gustav Krüger aus Herrenberg. Nach Angaben von Siegerist konnten Die Deutschen Konservativen 1999 „mehr als 5000 neue Anhänger gewinnen“. Ehrenpräsident ist der CDU-Politiker Heinrich Lummer, der jüngst im rechtsextremen Hohenrain-Verlag das Buch „Deutschland soll deutsch bleiben“ veröffentlicht hat.

■ **Karlsruhe** - Der Rechtsextremist Manfred Roeder, Vorsitzender der Deutschen Bürgerinitiative, wurde im Dezember vom Amtsgericht Karlsruhe wegen Beleidigung von Michel Friedman, Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, zu einer Geldstrafe von 4.500 Mark verurteilt. Roeder, Absolvent der Nazi-Erziehungsschule NAPOLA (Nationalpolitische Erziehungsanstalt), hatte am 9. Januar vergangenen Jahres bei einer Veranstaltung des „Nationalen Widerstandes Karlsruhe“ vor rund 120 Zuhörern gesagt, Friedman „habe eine Visage zum Reinschlagen“. Friedmans „Gesicht auf Briefmarken - und die Post geht Pleite“, so der Rechtsterrorist, der mit sieben Eintragungen im Bundeszentralregister vorbestraft ist. 1982 wurde Roeder zu 13 Jahren Haft als Rädelsführer ei-

ner terroristischen Vereinigung unter anderem wegen versuchter Mordstiftung verurteilt. Vor dem Karlsruher Amtsgericht zeige Roeder Angaben der Lokalpresse zufolge „keine Reue“ und hielt eine antisemitische Rede. „Ist Friedmans Gesicht 4.500 Mark wert?“ provozierte er. Nun will die Karlsruher Staatsanwaltschaft prüfen, ob sie wegen dieser jüngsten Äußerungen ein neues Ermittlungsverfahren einleitet.

■ **Magdeburg** - Die revisionistische Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands e.V. (IWG) plant die Durchführung einer Demonstration in Magdeburg am 29. Januar unter dem Motto „Recht für die Heimat“. Bereits am 3. Oktober 1998 hatte die IWG unter dem Motto „Recht auf Heimat“ zu einer Demonstration in Berlin aufgerufen. Vorsitzender der IWG ist Georg Paletta, der sich zuvor beim Bund für Gesamtdeutschland engagierte. Bestärkt wird die IWG durch die NPD („die einzig echte Opposition Deutschlands“) und deren Parteivorsitzenden Udo Voigt, der der IWG „von Anfang an bei ihren Aktivitäten die volle Unterstützung (hat) zuteil werden lassen“. Enttäuscht zeigt sich Paletta hingegen vom Bund der Vertriebenen. „Somit wird die IWG künftig mit den Vertriebenenverbänden und ihren Handlangern, den Vertriebenenzeitungen, keinen Kontakt mehr aufrecht erhalten“, erklärte Paletta jüngst in einem Beitrag des vom neonazistischen „Bündnis Rechts“ herausgegebenen „Lübschen Aufklärer“.

■ **Mühlhausen/Erfurt** - Hendrik Moebus (23), Kultfigur von Teilen der neonazistischen, neuhednischen, satanistischen und Black-Metal-Szene, hat sich einem neuerlichen Haftantritt entzogen und soll in Skandinavien untergetaucht sein (s. BNR 21 und 23/99). Moebus war 1994 vom Landgericht Mühlhausen wegen eines satanistischen Mordes zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und im September 1998 vorzeitig auf Bewährung entlassen worden. Sofort nach seiner Haftentlassung fiel er wegen einschlägiger Propaganda und Aktivitäten, wie beim Musikversand „Darken Than Black Records“, bei der Black-Metal-Band „Absurd“, der „Allgermanischen Heidnischen Front“ auf. Nachdem ihn das Amtsgericht Eisenach zu acht Monaten Haft verurteilt hatte, legte Moebus Berufung ein und blieb vorerst auf freiem Fuß. Erst am 14. Dezember bestätigte das Erfurter Landgericht den Bewährungswiderruf. Nachdem Moebus' Eltern schriftlich die Justiz über die Fluchtabichten ihres Sohnes informiert hatten, beantragte die Mühl-

hauser Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen Mobus, dem dieser durch Flucht zuvorkam.

■ **München** - Ihre 17. Bogenhauser-Gespräche führt die Burschenschaft Danubia, Exponentin des radikal-völkischen Flügels des Dachverbandes, am 12./13. Februar zum Thema „Deutschland nach der Jahrtausendwende - Chancen und Risiken in Zeitalter der Globalisierung“ durch. Es referieren Günter Zehm („Pankraz“), der ehemalige stellvertretende NPD-Parteivorsitzende Felix Buck, der FPÖ-Europaabgeordnete Peter Sichrowsky, der „neu“rechte Geopolitiker Gerhoch Reisegger und der Russe Alexej Kudryavtsev.

■ **Neuburg an der Donau** - Am 22. Januar will die NPD im bayerischen Neuburg eine Demonstration abhalten. Nach Angaben von Versammlungsleiter Alexander Feyen, der in Friedberg bisher einen „Schwarze Sonne Versand“ (im Sortiment unter anderem Anstecker mit Wehrmachtsmotiven) betrieb, sei die Demonstration eine „Abschluss-Kundgebung“ zum Umzug von Verlag und Versand der „Deutschen Stimme“ von Sinning/Neuburg nach Sachsen. Beendet sei die Anwesenheit der NPD (in Bayern rund 800 Mitglieder) in der Region aber nicht, so Feyen. Es gibt mittlerweile einen NPD-Kreisverband Neuburg-Schrobenhausen und einen Stützpunkt der Jungen Nationaldemokraten in Ingolstadt.

■ **Osnabrück** - Am 1. Januar 2000 sind der extrem rechte Munin-Verlag in Osnabrück und die nunmehr im 46. Jahrgang erscheinende Monatszeitschrift „Der Freiwillige“ in die Hände des Geschäftsführers der Truppenkameradschaft I. SS-Panzerkorps, Patrick Agte aus Trier, übergegangen. Agte ist in einschlägigen Kreisen als Autor des rechtsextremen Kurt-Vowinkel-Verlages, der zum Verlagsimperium von Gert Sudholt gehört, bekannt. Die bisherige Führungsmannschaft um Hermann Buch, Ernst Preißler, Heid Rühl und Hermann Malcher fühlt sich aufgrund ihres hohen Alters weiteren Aufgaben nicht mehr gewachsen. Sowohl der Munin-Verlag als auch „Der Freiwillige“ waren als Organ der ewiggestrigen Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS (HIAG) geschaffen worden, um „die Wahrheit über die Waffen-SS zu dokumentieren.“ Weiterhin soll die Hälfte der künftigen Mitarbeiter des „Freiwilligen“ der Kriegsgeneration angehören und die bisherige Führungsmannschaft kann „auf einen angemessenen, fließenden Übergang auf die jüngere Generation hoffen und damit auf einen Übergang

ohne Bruch der bisher von uns vertretenen soldatischen und europäischen Linie.“

■ **Passau** - Die Passauer Nibelungenhalle wird in diesem Jahr zweimal zum Ort rechtsextremistischer Großveranstaltungen. Am 27. Mai ist die NPD Mieterin der Halle, am 23. September hält die DVU ihre traditionelle Kundgebung in der Nibelungenhalle ab. Eine Ablehnung der beiden Termine ist unwahrscheinlich, nachdem die Stadt Passau in der Vergangenheit in 50 Gerichtsverfahren zur Überlassung der Nibelungenhalle verpflichtet worden war.

■ **Sibesse** - Mit einem aufwendig gemachten, mehrfarbigen Hochglanzprospekt wirbt ein neugegründeter Nordwelt-Versand aus Sibesse in Niedersachsen in rechtsextremen Kreisen um Kunden. Angeboten werden von dem Versand unter anderem: „Germanischer Schmuck“ (Runenanhänger, Trinkhörner), Plakate (Hünengrab, Stonehenge), CDs von Swantje Swanhwit, Hieb- und Stichwaffen (darunter eine Saufeder zur Jagd von Bären und Wildschweinen), Schwerter (beispielsweise ein Wikingerschwert zum Preis von 748 Mark), Julleuchter, die Thule-Uhr, der Schwarze-Sonne-Ring und der Kalender „Germanischer Jahrweiser“. Ebenso im Angebot ist die Schriftenreihe der rassistischen Artgemeinschaft, die sich als „germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Daseinsgestaltung“ versteht. Autoren der Reihe sind neben anderen Jürgen Rieger und Edda Schmidt. Geschäftsführer des Nordwelt-Versandes ist Oliver Bode (Jahrgang 1966). Die Postfachadresse des Versands ist mit der des seinerzeitigen MDV-Verlages, der auf NS-Esoterik spezialisiert war, identisch. Bode hatte den MDV-Verlag 1991 gegründet und dessen gesamte Auslieferungsartikel 1997 an den später von Amts wegen eingestellten Donner-Versand in Lüdenscheid übergeben. Der Neonazi, den der deutsch/kanadische Holocaust-Leugner Ernst Zündel unlängst zu einem der „gescheiterten und feinfühligsten Nachwuchsführer in Deutschlands nationalem Lager“ kürte, war einst Kader des Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Adolf Hitler“ (KAH).

■ **Schwetzingen** - Elfrun von Hain, Funktionärin der Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände in Europa (ANSE) sowie Leiterin des 1996 gegründeten Halgadam-Kreises im Armanen-Orden (AO), unterhält laut internen Polizeiangaben Kontakte zu der jüngst bundesweit ins Gerede gekommenen rechtsextremen Truppe Stahlhelm. Sie

soll Mitbesitzerin eines Anwesens im pfälzischen Mühlbach-Altennglan sein, in dessen einer Hälfte seit Jahren regelmäßig Versammlungen des Stahlhelm stattfinden. Finanzier und Eigentümer dieser Haushälfte ist der einstige Polizeibeamte Heinz Glinz aus Kaiserslautern. Der rheinland-pfälzische Spitzenfunktionär des Stahlhelm, Jürgen Hertlein, ist ebenso Mitglied der rassistischen Artgemeinschaft von Jürgen Rieger. Der notorische Rechts-extremist hielt sich unlängst zu einem Meinungsaustausch bei Hertlein auf.

■ **Zarrenthin** - Im mecklenburgischen Zarrenthin (Landkreis Hagenow) existiert seit kurzem ein weiterer „Tonträger- und Textilvertrieb“ (TTV) der neonazistischen Szene. Das Sortiment des TTV Versand umfasst Tonträger, Textilien, Aufnäher, Schmuck und andere heidnische und rechtsextremistische Devotionalien auf acht Seiten. „Wer diese Liste in Zukunft nie mehr bekommen will, der kann uns anrufen und braucht nicht gleich mit einem Anwalt zu drohen. Wir verschwenden ungern Portokosten an Leute, die sowieso keinen Bock auf uns haben!“

Ausland

■ **Frankreich (Paris)** - Der vorbestrafte Schweizer Holocaust-Leugner Jürgen Graf (48) wurde in Paris kurz vor Weihnachten wegen Rassendiskriminierung zu einer Geldbuße von 50.000 Franc verurteilt. Graf hatte im Juli 1994 den revisionistischen Titel „L'Holocauste au scanner“ diversen französischen Parlamentariern zukommen lassen, um die Aufhebung eines antirevisionistischen Gesetzes zu erreichen.

■ **Frankreich (Paris)** - Nach Samuel Maréchal, dem Schwiegersohn Le Pens (der aber FN-intern noch nicht völlig aus dem Rennen ist), hat nun auch Stéphane Durbec, der jüngste FN-Abgeordnete in einem Regionalparlament und FN-Aktivist mit schwarzer Hautfarbe, das Handtuch geworfen. Der von La Martinique stammende Durbec wird künftig als fraktionsloser Abgeordneter im Regionalparlament von Marseille sitzen. Als Begründung gab er an, eine Reihe führender Mitglieder würden auch nach der Spaltung „das Werk von Bruno Mégret“ in der Partei fortsetzen. Letzterem gibt Durbec alle Schuld am Vorhandensein von Rassismus innerhalb des FN, während er Le Pen als Person selbst in seiner Rücktrittserklärung noch in Schutz nimmt. Durbec (FN-Mitglied seit dem Alter von 16) war für die Frage des Rassismus in seiner eigenen

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Postfach 10 15 5
10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: http://www.bnr.de

Partei durch die Spaltungsgeschichte zwischen Lepenisten und Mégretisten in besonderem Masse „sensibilisiert“ worden ist. Denn die Mégret-Anhänger, die Durbec stets für einen Vasallen Le Pens hielten (sie gaben ihm seit langem dem Spitznamen „Blanche-neige“, was sowohl „schneeweiß“ als auch Schneewittchen bedeutet), hatten nicht mit rassistischen Beschimpfungen gegen ihn hinter dem Berg gehalten, als es zu ersten Zusammenstößen zwischen Le Pen- und Mégret-Anhängern kam. So ist dem (mittlerweile veröffentlichten) Tonbandprotokoll der FN-Führungstagung vom 5. Dezember 1998 zu entnehmen, dass ein Mégret-Anhänger Durbec entgegenschleuderte: „Bimbo, steig' auf Deinen Bananenbaum zurück!“

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: http://www.bnr.de

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto